

„Zollkontrollen in Landshut: Schwarzarbeit auf Baustellen aufgedeckt“

Zöllner des Hauptzollamts Landshut kontrollierten 15 Baustellen und deckten Verstöße gegen das Aufenthaltstitelgesetz auf.

Landshut (ots)

Die Kontrolle von Schwarzarbeit gerät immer mehr in den Fokus der Behörden, und das Hauptzollamt Landshut hat erneut eindrucksvoll unter Beweis gestellt, dass es ernst macht. Jüngst führten die Zöllnerinnen und Zöllner eine umfassende Überprüfung von 15 verschiedenen Baustellen im regionalen Bezirk durch. Diese Maßnahme wird von der Regierung von Niederbayern unterstützt, wobei drei Fachkräfte der Gewerbeaufsicht aktiv bei den Kontrollen mitwirkten.

Im Rahmen dieser Kontrollen wurden 59 Mitarbeiter, die mit dem wichtigen Verlegen von Glasfaserleitungen betraut waren, unter die Lupe genommen. Es ist immer wieder überraschend, wie viele Beschäftigte sich in einer rechtlich fragwürdigen Position befinden, was bei solchen Einsätzen ans Licht kommt. In sechs der überprüften Fälle zeigen die ersten Ergebnisse, dass es notwendig ist, die Sachverhalte weiter zu prüfen. Besonders auffällig war, dass vier Arbeitnehmer keine gültigen Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigungen vorweisen konnten, was in der heutigen Arbeitswelt alarmierende Fragen aufwirft.

Rechtswidrige Beschäftigung und ihre Folgen

Die Zöllnerinnen und Zöllner des Hauptzollamts Landshut nahmen nicht nur an den Kontrollen teil, sondern leiteten in den Fällen, die kritisch waren, auch entsprechende Verfahren ein. Die von ihnen ergriffenen Maßnahmen umfassen sowohl strafrechtliche als auch ordnungswidrigkeitenrechtliche Schritte. Solche Vorgehensweisen sind notwendig, um der Rechtslage Genüge zu tun und um die Integrität des Arbeitsmarktes zu wahren. Das Aufenthaltstitelgesetz, das für Ausländer die Bedingungen festlegt, unter denen sie arbeiten dürfen, wird nicht selten missachtet, und genau hier setzen solche Kontrollen an.

Es zeigt sich ein beunruhigendes Muster: Immer wieder geraten Bauvorhaben ins Visier der Kontrolleure, besonders wenn es darum geht, die Einhaltung von Arbeitsgenehmigungen zu überprüfen. Diese Einsätze sind dabei nicht isoliert zu betrachten, sondern Teil eines größeren Trends, bei dem die Behörden verstärkt gegen illegale Arbeitsverhältnisse vorgehen. Das Ziel ist es, die Sicherheit am Arbeitsplatz zu erhöhen und faire Wettbewerbsbedingungen für alle Unternehmen zu schaffen.

Die Rolle der Gewerbeaufsicht

Die Einbindung von Fachleuten der Gewerbeaufsicht verstärkt die Effizienz und die Reichweite solcher Überprüfungen erheblich. Diese Fachkräfte bringen spezifische Kenntnisse mit ein, die für die Beurteilung der Arbeitsbedingungen entscheidend sind. Durch die Zusammenarbeit von Zollbehörden und der Gewerbeaufsicht wird nicht nur der rechtliche Rahmen gestärkt, sondern auch ein Zeichen gesetzt, dass illegale Praktiken nicht toleriert werden. Es ist in der heutigen Zeit unerlässlich, solche Partnerschaften zu fördern, um das Wohl der Beschäftigten und die Fairness im Geschäft zu gewährleisten.

Die Koordination der Kräfte bei diesen Überprüfungen zeigt, dass es zur Prävention von Schwarzarbeit und zur Einhaltung der Arbeitsrechte nicht nur darauf ankommt, Gesetze zu verschärfen, sondern auch deren praktische Durchsetzung sicherzustellen. Es besteht die Hoffnung, dass solche Maßnahmen auch präventiv wirken und Unternehmen dazu anregen, die gesetzlichen Bestimmungen einzuhalten.

Diese Einsätze sind Teil einer breiteren Strategie, die auf Transparenz und Verantwortlichkeit abzielt. Jeder, der in der

Bauwirtschaft tätig ist, sollte sich der gesetzlichen Vorschriften bewusst sein und darauf achten, alle erforderlichen Dokumente in Ordnung zu halten. Die Verantwortung trifft sowohl Arbeitgeber, die die Gesetze befolgen müssen, als auch Arbeitnehmer, die sicherstellen sollten, dass sie in einer legalen und sicheren Umgebung arbeiten.

Schwarzarbeit erkennen und bekämpfen

Die Bekämpfung von Schwarzarbeit ist von großer Bedeutung für die Integrität der Märkte sowie für den Schutz der Arbeitnehmerrechte. Die jüngsten Kontrollen in Landshut sind ein Schritt in die richtige Richtung, um die Rahmenbedingungen in der Bauwirtschaft zu verbessern. Es ist zu hoffen, dass solche Initiativen, die sowohl die Arbeitskräfte als auch die Unternehmen in die Verantwortung nehmen, dazu beitragen, die Schattenwirtschaft weiter zurückzudrängen und ein faires Arbeitsumfeld zu fördern, in dem alle Beteiligten profitieren können.

Rechtlicher Rahmen der Finanzkontrolle Schwarzarbeit

Die Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) ist eine zentrale staatliche Institution in Deutschland, die mit der Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung beauftragt ist. Gegründet wurde die FKS im Jahr 2004, um die durch Schwarzarbeit entstehenden negativen Folgen, wie die Verzerrung des Wettbewerbs, zu minimieren. Das Schlüsselgesetz für die Finanzkontrolle Schwarzarbeit ist das Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz, das den Rahmen für die Kontrollen und Sanktionen festlegt. Neben der Überwachung von Arbeitsverhältnissen konzentriert sich die FKS auch auf die Überprüfung von Sozialversicherungsbeiträgen und Steuervergehen, um ein faires Arbeitsumfeld zu fördern und die Rechte der Arbeitnehmer zu schützen.

Die rechtlichen Grundlagen erlauben den Beamten der FKS, in Betriebe und auf Baustellen zu kontrollieren, um sicherzustellen, dass alle Beschäftigten über die erforderlichen Genehmigungen verfügen. In den letzten Jahren hat die FKS ihre Kontrollmaßnahmen verstärkt, insbesondere in Branchen, die häufig von Schwarzarbeit betroffen sind, wie dem Bauwesen oder der Gastronomie. Dies spiegelt sich auch in den Ergebnissen der aktuellen Kontrollen wider, bei denen bei 15

Baustellen im Bezirk Landshut strenge Maßnahmen ergriffen wurden.

Statistiken zur Schwarzarbeit in Deutschland

Die Bekämpfung von Schwarzarbeit ist eine bedeutende Herausforderung in Deutschland. Laut dem Bericht des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) aus dem Jahr 2021 wurde der Anteil der Schwarzarbeit im Baugewerbe auf etwa 15 Prozent geschätzt. Diese Zahl deutet darauf hin, dass Schwarzarbeit in diesem Sektor weit verbreitet ist und regelmäßig zu Wettbewerbsverzerrungen führt. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) schätzt, dass durch Schwarzarbeit jährlich ein Steuerschaden von rund 14 Milliarden Euro entsteht.

Zusätzlich zeigt eine Umfrage des Marktforschungsunternehmens Forsa aus dem Jahr 2020, dass etwa 25 Prozent der Befragten angeben, dass sie in ihrem privaten Umfeld von Schwarzarbeit wissen oder bereits damit konfrontiert wurden. Diese Statistiken unterstreichen die Notwendigkeit, aktiv gegen Schwarzarbeit vorzugehen und die Wichtigkeit von Maßnahmen wie der aktuellen Kontrolle durch die FKS.

Details

Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://www.n-ag.de)